

SVP-Politiker This Jenny müsste seinen Betrieb schliessen, wenn die SVP-Überfremdungsinitiative durchkäme. Und nicht nur er.

## **„Als Unternehmer müsste Ich sagen: Die Initiative ist Blödsinn“**

Im Bauunternehmen von This Jenny haben 120 von 250 Angestellten keinen Schweizer Pass. Im Sägewerk und zwei anderen KMU von Jean-François Rime haben 33 von 86 Angestellten keinen Schweizer Pass. Im Transportunternehmen von Ulrich Giezendanner haben ein Drittel der 100 Angestellten keinen Schweizer Pass. 120 von 250 Mitarbeitenden im Baubetrieb von SVP-Ständerat This Jenny haben keinen Schweizer Pass. Viele Ausländer beschäftigen auch SVP-Transportunternehmer Ulrich Giezendanner und SVP-Sägereibesitzer Jean-François Rime. Das ergab eine Umfrage von Work. Rund ein Drittel der 68 Mitglieder der SVP-Bundeshausfraktion sind selbständigerwerbend. Landwirte und Unternehmer halten sich etwa die Waage. Bei 25 dieser Chefs hat Work gefragt: Wie halten Sie es mit den ausländischen Angestellten in Ihrem Betrieb? Es zeigt sich: Nicht wenige müssten um den Fortbestand ihres Unternehmens zittern, würde die SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ angenommen.

### **Intransparente Ems-Chemie.**

Spitzenreiter bezüglich ausländischer Angestellter ist Ständerat This Jenny. In seiner Toneatti AG stammen rund 120 von 250 Mitarbeitenden aus dem Ausland, also fast die Hälfte. Zur SVP-Initiative sagt der Bauunternehmer: „Würde ich nur als Unternehmer denken, müsste ich sagen: Die Initiative ist Blödsinn.“ Viele Beschäftigte ohne Schweizer Pass hat auch Nationalrat Ulrich Giezendanner. Genau will der Transportunternehmer die Zahl seiner ausländischen Angestellten nicht beziffern. Es seien rund 2/3 Schweizer und 1/3 Ausländer, sagt er. Dennoch unterstützt auch er die Initiative: „Wenn ich nicht dahinterstehen könnte, hätte ich nicht mitgemacht. Hinter der Initiative steht auch Nationalrat Jean-François Rime. Seine drei Unternehmen umfassende Gruppe hat 86 Festangestellte. Davon sind 38 Prozent Ausländer. Das stehe nicht im Widerspruch zur Initiative, „denn ich habe keine Ausländer eingestellt, seit die Personenfreizügigkeit gilt“. Intransparent kommuniziert dagegen die Ems-Chemie, einst geleitet von SVP-Führer Christoph Blocher, jetzt von seiner Tochter Magdalena Martullo-Blocher. Die Zahl der Ausländer liege „unter dem Schweizer Schnitt und hat sich über die letzten zehn Jahre nicht verändert“ schreibt das Unternehmen. Laut „Handelszeitung“ waren bei der Ems-Chemie vor zehn Jahren ein Fünftel der Belegschaft Ausländer. Gemäss eigenen Angaben hatte die EMS-Gruppe per Dezember 2010 2256 Mitarbeitende und beschäftigte in der Schweiz 138 Lernende. Gäbe also rund 450 Ausländer und Ausländerinnen. Immerhin. Bedeckt hält sich auch die im Autogeschäft tätige Emil Frey AG des früheren SVP-Nationalrates Walter Frey: „Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir viele Ausländer und Grenzgänger beschäftigen und mit ihnen zufrieden sind.“

### **Rückfall zu Kontingenten.**

Ohne Ausländer und Ausländerinnen ginge also nicht mehr viel bei vielen SVP-Unternehmen. Dennoch schürt die Blocher-Partei mit ihrer neusten Überfremdungsinitiative die Angst vor der „Masseneinwanderung“ und will die Zahl ausländischer Arbeitnehmender wieder durch Kontingente beschränken und Höchstzahlen festlegen. Sie will faktisch zurück zum Saisonierstatut, gegen das die Gewerkschaften jahrzehntelang gekämpft haben. Kontingente sind ein grosses Problem, wie Unia-Geschäftsleitungsmitglied Rita Schiavi sagt. Für Hochqualifizierte werde das Arbeiten in der Schweiz dadurch unattraktiv. Etwa, wenn sie in der Schweiz nicht frei zirkulieren, den Arbeitgeber nicht frei wählen könnten. „Und gerade auf hochqualifizierte Arbeitnehmer ist die Schweiz angewiesen“, so Schiavi. Auch für weniger Qualifizierte würde sich die Situation massiv verschlechtern. Schiavi: „Sie wären völlig abhängig von einem Arbeitgeber und könnten sich deshalb nicht gegen schlechte Arbeitsbedingungen wehren“, da die Initiative sehr restriktive Kriterien für Bewilligungen festhält. Schliesslich wären, um all das möglich zu machen, auch die Neuverhandlung und Anpassung des Personenfreizügigkeits-Abkommens mit der EU innerhalb von drei Jahren nötig. All das schadet der Schweizer Wirtschaft und den Arbeitnehmenden. Neben linken Parteien und Gewerkschaften sagen auch Economiesuisse, Gewerbe- und Arbeitgeberverband Nein zur Initiative.

### **Klar distanziert.**

Die redlicheren unter den SVP-Unternehmern haben begriffen, dass sie sich bei Annahme der Initiative nur ins eigene Fleisch schneiden würden, und geben das auch zu. So Nationalrat Peter Spuhler. Mit einem Ausländeranteil von rund 40 Prozent kommt auch seine Stadler Rail nicht weit ohne Mitarbeiter von ennet der Grenze. Spuhler distanzierte sich klar von der Initiative. Genauso wie Nationalrat Hansruedi Wandfluh. In seinem Familienunternehmen, das im Bereich Hydraulik, Elektronik und Komponentenherstellung tätig ist, sind von 307 Angestellten 31 ohne Schweizer Pass.

Bettina Epper.

Work. Freitag, 2011-09-09.

Migration > Arbeitsmarkt. Work 2011-09-09.doc